



FACHHOCHSCHULE LAUSITZ
University of Applied Sciences

Mitteilungsblatt Nr. 133

**Ordnung des Hochschulrechenzentrums
der
Fachhochschule Lausitz**

DIE PRÄSIDENTIN

29.11.2006

Aufgrund des § 67 des Brandenburgischen Hochschulgesetzes vom 22. März 2004 (GVBl. I S. 51) wird die folgende Ordnung des Hochschulrechenzentrums vom Senat der Hochschule als Satzung beschlossen.

Präambel

Die Benutzungsordnung soll die möglichst störungsfreie, ungehinderte und sichere Nutzung der Kommunikations- und Datenverarbeitungsstruktur des Hochschulrechenzentrums gewährleisten. Die Benutzungsordnung orientiert sich an den gesetzlich festgelegten Aufgaben der Hochschule sowie an ihrem Mandat zur Wahrung der akademischen Freiheit. Sie stellt Grundregeln für einen ordnungsgemäßen Betrieb der Netz-Infrastruktur auf und regelt so das Nutzungsverhältnis zwischen den einzelnen Nutzern und dem Hochschulrechenzentrum.

§ 1 Geltungsbereich

Die Benutzungsordnung gilt für die Nutzung der Netz-Infrastruktur des Rechenzentrums der Hochschule, bestehend aus den Datenverarbeitungsanlagen, Kommunikationssystemen und sonstigen Einrichtungen zur rechnergestützten Informationsverarbeitung, die dem Hochschulrechenzentrum unterstellt sind.

§ 2 Rechtsstellung des Hochschulrechenzentrums

Das Hochschulrechenzentrum ist eine zentrale Betriebseinheit der Hochschule. Es unterstützt die Hochschule bei der Durchführung von Datenverarbeitungsaufgaben und bei der rechnergestützten Informationsverarbeitung. Im Rahmen bestehender Kooperationsvereinbarungen kann das Hochschulrechenzentrum auch Aufgaben anderer Hochschulen wahrnehmen.

§ 3 Aufgaben des Hochschulrechenzentrums

(1) Dem Hochschulrechenzentrum obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Planung, Realisierung und Betrieb der Datenverarbeitungsanlage des Rechenzentrums für Aufgaben der Hochschule.
2. Betreuung der für die Hochschule verfügbaren Datenverarbeitungsressourcen und die betriebsfachliche Aufsicht über alle Datenverarbeitungsanlagen in der Hochschule, soweit dies nicht Aufgabe anderer Organisationseinheiten oder Einrichtungen der Hochschule ist.
3. Koordinierung der Beschaffung von Datenverarbeitungsanlagen in der Hochschule, insbesondere Stellungnahme zu Investitionsmaßnahmen in Datenverarbeitungssysteme. Erarbeitung von Nutzungsanalysen vorhandener System-Komponenten und Unterstützung bei der Bedarfsplanung.
4. Erwerb, Verwaltung, Dokumentation, Pflege und Weiterentwicklung von Standard- und Grundsoftware, insbesondere Hochschul- und Campuslizenzen sowie Auswahl, Einsatz und Betreuung der in der Hochschulverwaltung eingesetzten Anwendersoftware.
5. Unterweisung, Beratung und Unterstützung der Anwender.
6. Durchführung von Schulungs- und Fortbildungsmaßnahmen für Angehörige der Hochschule sowie Unterstützung anderer Fachbereiche bei EDV-bezogenen Lehrveranstaltungen.

- (2) Das Hochschulrechenzentrum ist überdies für die Planung, Installation und den Betrieb rechnergestützter Informations- und Kommunikationsnetze einschließlich der erforderlichen Netze, zentralen Server sowie der Datenkommunikations- und Telekommunikationssysteme zuständig. Diesbezüglich obliegen dem Hochschulrechenzentrum insbesondere folgende Aufgaben:
1. Bereitstellung und Aufrechterhaltung eines störungsfreien und möglichst ununterbrochenen Betriebes des Kommunikationsnetzes.
 2. Koordination des Aufbaus und der Wartung des Kommunikationsnetzes.
 3. Verwaltung der Adress- und Namensräume.
 4. Bereitstellung von Netzwerkdiensten und zentraler Netzwerk-Server.
 5. Unterstützung der Nutzer bei der Anwendung der Dienste.
- (3) Zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Betriebes des Informations- und Kommunikationsnetzes sowie der Datenverarbeitungssysteme kann die Leitung des Hochschulrechenzentrums mit Zustimmung der Hochschulleitung weitere Betriebsregeln zur Nutzung der DV-Anlagen des Hochschulrechenzentrums erlassen.

§ 4 **Nutzungsberechtigte und Zulassung zur Nutzung**

- (1) Zur Nutzung der Dienste können zugelassen werden:
1. Studierende, Personal an der Hochschule, Personal der Institute an der Hochschule.
 2. Studierende und Personal anderer Hochschulen des Landes Brandenburg.
 3. Studierende und Personal weiterer Hochschulen außerhalb des Landes Brandenburg aufgrund besonderer Vereinbarungen.
 4. Sonstige Forschungs- und Bildungseinrichtungen und Behörden des Landes Brandenburg aufgrund besonderer Vereinbarungen.
 5. Studentenwerke des Landes Brandenburg.
- (2) Die Zulassung erfolgt ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken in Forschung, Lehre und Studium, für Zwecke der Hochschulbibliothek und der Hochschulverwaltung, Aus- und Weiterbildung sowie zur Erfüllung sonstiger Aufgaben der Hochschule. Eine hiervon abweichende Nutzung kann zugelassen werden, wenn sie geringfügig ist und die Zweckbestimmung des Hochschulrechenzentrums sowie die Belange der anderen Nutzer nicht beeinträchtigt werden und nicht gegen bestehende Verträge, insbesondere dem des Deutschen Forschungsnetz (DFN) e. V., nicht widerspricht.
- (3) Die Zulassung zur Nutzung der Einrichtungen und Dienste des Hochschulrechenzentrums erfolgt durch Erteilung einer Nutzungserlaubnis. Diese wird vom Hochschulrechenzentrum auf Antrag des Nutzers erteilt.
- (4) Der Antrag soll unter Verwendung eines vom Hochschulrechenzentrum vorgegebenen Formblattes folgende Angaben enthalten:
1. Name, Anschrift und Unterschrift des Antragstellers sowie seinen Status als Studierender, Personal, Institut oder sonstiger Benutzer im Sinne von § 4 Abs. 1.
 2. Beschreibung des Nutzungszwecks bzw. des geplanten Vorhabens

3. Gewünschte DV-Ressourcen
4. Erklärung zur Verarbeitung personenbezogener Daten durch den Nutzer
5. Anerkennung dieser Benutzungsordnung sowie der nach § 3 Abs. 3 erlassenen Betriebsregelungen als Grundlage des Nutzungsverhältnisses
6. Einverständniserklärung des Nutzers zur Verarbeitung seiner personenbezogenen Daten.
7. Hinweis des Nutzers auf die Möglichkeit einer Dokumentation seines Nutzerverhaltens und der Einsichtnahme in seine Nutzerdateien nach Maßgabe dieser Benutzerordnung.

Weitere Angaben dürfen nur erhoben werden, soweit dies zur Entscheidung über den Zulassungsantrag erforderlich ist.

- (5) Die Nutzungserlaubnis ist auf das beantragte Vorhaben beschränkt und kann zeitlich befristet werden.
- (6) Zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen und störungsfreien Betriebs kann die Nutzungserlaubnis überdies mit einer Begrenzung der Rechen- und Onlinezeit sowie mit anderen nutzungsbezogenen Bedingungen und Auflagen verbunden werden.
- (7) Das Hochschulrechenzentrum kann die Zulassung zur Nutzung überdies vom Nachweis bestimmter Kenntnisse über die Benutzung der gewünschten Datenverarbeitungssysteme und DV-Dienste abhängig machen.
- (8) Wenn die Kapazitäten der DV-Ressourcen nicht ausreichen, um allen Nutzungsberechtigten gerecht zu werden, können die Betriebsmittel für die einzelnen Nutzer entsprechend der Reihenfolge in § 4 Abs. 1 kontingentiert werden, da die Zulassung nur im Rahmen der verfügbaren Kapazitäten erfolgen kann.
- (9) Die Nutzungserlaubnis kann ganz oder teilweise versagt, widerrufen oder nachträglich beschränkt werden, insbesondere wenn:
 1. kein ordnungsgemäßer Antrag vorliegt oder die Angaben im Antrag nicht oder nicht mehr zutreffen;
 2. die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Benutzung der DV-Einrichtungen nicht oder nicht mehr gegeben sind;
 3. die nutzungsberechtigte Person nach § 6 von der Benutzung ausgeschlossen worden ist;
 4. das geplante Vorhaben des Nutzers nicht mit den Aufgaben des Hochschulrechenzentrums und den in § 4 Abs. 2 genannten Zwecken vereinbar ist;
 5. die vorhandenen DV-Ressourcen für die beantragte Nutzung ungeeignet oder für besondere Zwecke reserviert sind;
 6. die Kapazität der Ressourcen, deren Nutzung beantragt wird, wegen einer bereits bestehenden Auslastung für die geplante Nutzung nicht ausreicht;
 7. die zu benutzenden DV-Komponenten an ein Netz angeschlossen sind, das besonderen Datenschutzerfordernissen genügen muss und kein sachlicher Grund für die geplante Nutzung ersichtlich ist;
 8. zu erwarten ist, dass durch die beantragte Nutzung andere berechtigte Vorhaben in unangemessener Weise beeinträchtigt werden.

§ 5
Rechte und Pflichten der Nutzer

- (1) Die nutzungsberechtigten Personen (Nutzer) haben das Recht, die Einrichtungen, Datenverarbeitungsanlagen und Informations- und Kommunikationssystem des Hochschulrechenzentrums im Rahmen der Zulassung und nach Maßgabe dieser Benutzungsordnung sowie der nach § 3 Abs. 3 erlassenen Regeln zu nutzen. Eine hiervon abweichende Nutzung bedarf einer gesonderten Zulassung.

- (2) Die Nutzer sind verpflichtet,

(Allgemein)

1. die Vorhaben der Benutzerordnung und den Betriebsregeln (§ 3 Abs. 3) zu beachten sowie die Grenzen der Nutzungserlaubnis einzuhalten, insbesondere die Nutzungszwecke nach § 4 Abs. 2 zu beachten;
2. alles zu unterlassen, was den ordnungsgemäßen Betrieb der DV-Einrichtungen des Hochschulrechenzentrums stört;
3. alle Datenverarbeitungsanlagen, Informations- und Kommunikationssysteme und sonstigen Einrichtungen des Hochschulrechenzentrums sorgfältig und schonend zu behandeln;

(Umgang mit Benutzerkennungen)

4. ausschließlich mit den Benutzungskennungen zu arbeiten, deren Nutzung ihnen im Rahmen der Zulassung gestattet wurde;
5. dafür Sorge zu tragen, dass keine anderen Personen Kenntnis von den Benutzerpasswörtern erlangen sowie Vorkehrungen zu treffen, damit unberechtigten Personen der Zugang zu den DV-Ressourcen des Rechenzentrums verwehrt wird; dazu gehört auch der Schutz des Zugangs durch ein geheim zu haltendes und geeignetes, d.h. nicht einfach zu erratendes Passwort, das möglichst regelmäßig geändert werden sollte;
6. fremde Benutzerkennungen und Passwörter weder zu ermitteln noch zu nutzen;
7. keinen unberechtigten Zugriff auf Informationen anderer Nutzer zu nehmen und bekannt gewordene Informationen anderer Nutzer nicht ohne Genehmigung weiterzugeben, selbst zu nutzen oder zu verändern;

(Softwarenutzung, Urheberrechte)

8. bei der Benutzung von Software, Dokumentationen und anderen Daten die gesetzlichen Vorgaben, insbesondere zum Urheberrechtsschutz, einzuhalten und die Lizenzbedingungen, unter denen Software, Dokumentationen und Daten vom Rechenzentrum zur Verfügung gestellt werden, zu beachten;
9. vom Rechenzentrum bereitgestellte Software, Dokumentationen und Daten weder zu kopieren noch an Dritte weiterzugeben, sofern dies nicht ausdrücklich erlaubt ist, noch zu anderen als den erlaubten Zwecken zu nutzen;

(Nutzung der HRZ-Einrichtungen, PC-Pool)

10. in den Räumen des Hochschulrechenzentrums den Weisungen des Personals Folge zu leisten;
11. die Benutzungsberechtigung auf Verlangen nachzuweisen;
12. Störungen, Beschädigungen und Fehler an DV-Einrichtungen und Datenträgern des Hochschulrechenzentrums nicht selbst zu beheben, sondern unverzüglich den HRZ-Mitarbeitern zu melden;

13. ohne ausdrückliche Einwilligung des Hochschulrechenzentrums keine Eingriffe in die Hardwareinstallation des Hochschulrechenzentrums vorzunehmen und die Konfiguration der Betriebssysteme, der Systemdateien, der systemrelevanten Nutzerdateien und des Netzwerks nicht zu verändern;
 14. der Hochschulrechenzentrum-Leitung auf Verlangen in begründeten Einzelfällen - insbesondere bei begründetem Missbrauchsverdacht und zur Störungsbeseitigung – zu Kontrollzwecken Auskünfte über Programme und benutzte Methoden zu erteilen sowie Einsicht in die Programme zu gewähren;
 15. eine Verarbeitung personenbezogener Daten mit dem Hochschulrechenzentrum abzustimmen und unbeschadet der eigenen datenschutzrechtlichen Verpflichtung des Nutzers – die vom Hochschulrechenzentrum vorgeschlagenen Datenschutz – und Datensicherheitsvorkehrungen zu berücksichtigen;
- (3) Auf die folgenden Straftatbestände wird besonders hingewiesen:
1. Ausspähen von Daten (§ 202a StGB)
 2. Datenveränderung (§ 303a StGB) und Computersabotage (§ 303b StGB)
 3. Computerbetrug (§ 263a StGB)
 4. Verbreitung pornographischer Darstellungen (§§ 184 ff. StGB), insbesondere Verbreitung, Erwerb und Besitz kinderpornographischer Schriften (§ 184 b StGB) und die Verbreitung pornographischer Darbietungen durch Rundfunk, Medien- oder Teledienste (§ 184 c StGB)
 5. Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen (§ 86 StGB) und Volksverhetzung (§ 130 StGB)
 6. Ehrdelikte wie Beleidigung oder Verleumdung (§§ 185 ff. StGB)
 7. Strafbare Urheberrechtsverletzungen, z.B. durch urheberrechtswidrige Vervielfältigung von Software (§§ 106 ff. UrhG)

§ 6

Ausschluss von der Nutzung auf Antrag des Leiters des Hochschulrechenzentrums

- (1) Nutzer können durch die Hochschulleitung vorübergehend oder dauerhaft in der Benutzung der DV-Ressourcen beschränkt oder hiervon ausgeschlossen werden, wenn sie:
 1. schuldhaft gegen diese Benutzerordnung, insbesondere gegen die in § 5 aufgeführten Pflichten, verstoßen (missbräuchliches Verhalten) oder
 2. die DV-Ressourcen des Hochschulrechenzentrums für strafbare Handlungen missbrauchen oder
 3. der Hochschule durch sonstiges Nutzerverhalten Nachteile entstehen
- (2) Maßnahmen nach Abs. 1 erfolgen erst nach vorheriger erfolgloser Abmahnung. Dem Betroffenen ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Bei strafbaren Handlungen erfolgt die sofortige Sperrung.

§ 7

Rechte und Pflichten des Hochschulrechenzentrums

- (1) Das Hochschulrechenzentrum führt über die erteilten Benutzungsberechtigten eine Nutzerdatei, in der die Benutzer- und Mailkennungen sowie die Namen und die Anschrift der zugelassenen Nutzer aufgeführt werden.

- (2) Soweit dies zur Störungsbeseitigung, zur Systemadministration und –erweiterung oder aus Gründen der Systemsicherheit sowie zum Schutz der Nutzerdaten erforderlich ist, kann das Hochschulrechenzentrum die Nutzung seiner Ressourcen vorübergehend einschränken oder einzelne Nutzerkennungen vorübergehend sperren. Sofern möglich, sind die betroffenen Nutzer im Voraus zu unterrichten.
- (3) Sofern tatsächliche Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass ein Nutzer auf den Servern des Hochschulrechenzentrums rechtswidrige Inhalte zur Nutzung bereithält, kann das Hochschulrechenzentrum weitere Nutzung verhindern, bis die Rechtslage hinreichend geklärt ist.
- (4) Das Hochschulrechenzentrum ist berechtigt, die Sicherheit der System- und Benutzerpasswörtern und der Nutzerdaten durch regelmäßige manuelle oder automatisierte Maßnahmen zu überprüfen und notwendige Schutzmaßnahmen, z.B. Änderungen leicht zu erratender Passwörter, durchzuführen, um die DV-Ressourcen und Benutzerdaten vor unberechtigten Zugriffen Dritter zu schützen. Bei erforderlichen Änderungen der Benutzerpasswörter, der Zugriffsberechtigungen auf Nutzerdateien und sonstigen nutzungsrelevanten Schutzmaßnahmen ist der Nutzer hiervon unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
- (5) Das Hochschulrechenzentrum ist nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen berechtigt, die Inanspruchnahme der Datenverarbeitungssysteme durch die einzelnen Nutzer zu dokumentieren und auszuwerten, jedoch nur soweit dies erforderlich ist.
 1. zur Gewährleistung eines ordnungsgemäßen Systembetriebs,
 2. zur Ressourcenplanung und Systemadministration,
 3. zum Schutz der personenbezogenen Daten anderer Nutzer,
 4. zu Abrechnungszwecken,
 5. für das Erkennen und Beseitigen von Störungen sowie
 6. zur Aufklärung und Unterbindung rechtswidriger oder missbräuchlicher Nutzung.
- (6) Unter den Voraussetzungen von Absatz 5 ist das Hochschulrechenzentrum auch berechtigt, unter Beachtung des Datengeheimnisses Einsicht in die Benutzerdateien zu nehmen, soweit dies erforderlich ist zur Beseitigung aktueller Störungen oder zur Aufklärung und Unterbindung von Missbräuchen, sofern hierfür tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen. Eine Einsichtnahme in die Nachrichten- und E-Mail-Postfächer ist jedoch nur zulässig, soweit dies zur Behebung aktueller Störungen im Nachrichtendienst unerlässlich ist. In jedem Fall ist die Einsichtnahme zu dokumentieren und der betroffene Benutzer ist nach Zweckerreichung unverzüglich zu benachrichtigen.
- (7) Unter den Voraussetzungen von Absatz 5 können auch die Verkehrs- und Nutzungsdaten im Nachrichtenverkehr (insbesondere Mail-Nutzung) dokumentiert werden. Es dürfen jedoch nur die näheren Umstände der Telekommunikation – nicht aber die nicht-öffentlichen Kommunikationsinhalte – erhoben, verarbeitet und genutzt werden. Die Verkehrs- und Nutzungsdaten der Online-Aktivitäten im Internet und sonstigen Telediensten die das Hochschulrechenzentrum zur Nutzung bereithält oder zu denen das Hochschulrechenzentrum den Zugang zur Nutzung vermittelt, sind frühestmöglich, spätestens unmittelbar am Ende der jeweiligen Nutzung zu löschen, soweit es sich nicht um Abrechnungsdaten bzw. um Daten gem. Abs. 5 handelt.
- (8) Nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen ist das Hochschulrechenzentrum zur Wahrung des Telekommunikations- und Datengeheimnisses verpflichtet.

§ 8 **Haftung des Nutzers**

- (1) Der Nutzer haftet für alle Nachteile, die der Hochschule durch missbräuchliche oder rechtswidrige Verwendung der DV-Ressourcen und Nutzungsberechtigung oder dadurch entstehen, dass der Nutzer schuldhaft seinen Pflichten aus dieser Benutzerordnung nicht nachkommt.
- (2) Der Nutzer haftet auch für Schäden, die im Rahmen der ihm zur Verfügung gestellten Zugriffs- und Nutzungsmöglichkeiten durch Drittnutzung entstanden sind, wenn er diese Drittnutzung zu vertreten hat, insbesondere im Falle einer Weitergabe seiner Benutzerkennung an Dritte. In diesem Fall kann die Hochschule vom Nutzer nach Maßgabe der Entgeltordnung eine Nutzungsgebühr für die Drittnutzung verlangen.
- (3) Der Nutzer hat die Hochschule von allen Ansprüchen freizustellen, wenn Dritte die Hochschule wegen eines missbräuchlichen oder rechtswidrigen Verhaltens des Nutzers auf Schadensersatz, Unterlassung oder in sonstiger Weise in Anspruch genommen wird. Die Hochschule wird dem Nutzer den Streit verkünden, sofern Dritte gegen das Hochschulrechenzentrum gerichtlich vorgehen.

§ 9 **Haftung der Hochschule**

- (1) Die Hochschule übernimmt keine Garantie dafür, dass das System fehlerfrei und jederzeit ohne Unterbrechung läuft. Eventuelle Datenverluste infolge technischer Störungen sowie die Kenntnisnahme vertraulicher Daten durch unberechtigte Zugriffe Dritter können nicht ausgeschlossen werden.
- (2) Die Hochschule übernimmt keine Verantwortung für die Richtigkeit der zur Verfügung gestellten Programme. Die Hochschule haftet auch nicht für den Inhalt, insbesondere für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Informationen, zu denen sie lediglich den Zugang zur Nutzung vermittelt.
- (3) Im Übrigen haftet die Hochschule nur bei Vorsatz, grober Fahrlässigkeit ihrer Mitarbeiter, es sei denn, dass eine schuldhafte Verletzung wesentlicher Hauptleistungspflichten vorliegt. In diesem Fall ist die Haftung der Hochschule auf typische, bei Begründung des Nutzungsverhältnisses vorhersehbare Schäden begrenzt, soweit nicht vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln vorliegt.
- (4) Mögliche Amtshaftungsansprüche gegen die Hochschule bleiben von den vorstehenden Regelungen unberührt.

§ 10 **In-Kraft-Treten**

Diese Satzung wurde durch den Senat der Hochschule am 9. Oktober 2006 verabschiedet und tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im Mitteilungsblatt der Hochschule in Kraft. Gleichzeitig tritt die Betriebsregelung für „FHL-NET“ vom 16.12.1996 und die „Ordnung für die Organisation und Benutzung des Hochschulrechenzentrums der Fachhochschule Lausitz“ vom 24.02.1994 außer Kraft.

Prof. Dr. Wolfgang Schröder
Vorsitzender des Senats

Dipl.-Jur. Brigitte Klotz
Präsidentin der Fachhochschule Lausitz